

Sonderband 2021

TUP

Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit

Jens M. Schubert (Hrsg.)

Aufbruch. Gestalten. Gerecht.

Skizzen für die Zeit
mit und nach der Pandemie

Sonderband 2021



BELTZ JUVENTA

Leseprobe aus Schubert, Aufbruch. Gestalten. Gerecht.,
ISBN 978-3-7799-5874-1 © 2021 Beltz Juventa in der
Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/
gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-5874-1](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-5874-1)

Inhalt

Aufbruch. Gestalten. Gerecht.
Skizzen für die Zeit mit und nach der Pandemie
Prof. Dr. Jens M. Schubert / Peter Kuleßa 7

Freiheit

Freiheit braucht demokratische und soziale Sicherheiten
Interview mit dem Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller 22

Phantasmagorien der Alltagssehnsucht im globalen Coronistan
Michael Ernst-Heidenreich 28

Künstlerische Unfreiheiten und die Bedeutung von Freiheit in der Kunst
Gespräch mit Berthold Seliger 36

Gleichheit

Das Leben meiner Enkeltochter: Ein Fahrplan
Jutta Allmendinger 48

In Bulgarien nur die halbe Dosis?
Perspektiven für eine europäische Mindestsicherung vor dem Hintergrund
der Corona-Pandemie.
Benjamin Benz 56

Der Blick zurück nach vorn
Schule in der Pandemie zwischen Digitalisierung und Ungleichheit
Martina Diedrich und Kai Maaz 62

Gerechtigkeit

Was ist Gerechtigkeit heute?
Martin Schulz 72

Ein Grundrecht auf Generationengerechtigkeit?
Die Relevanz des Klimaschutz-Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts
für andere Rechtsgebiete mit intergenerationaler Bedeutung
Katja Rath und Martin Benner 79

Die Fortsetzung der Corona-Lockerungen bei der Vermögensanrechnung im SGB II und SGB XII Aufbruch in die Post-Corona-Zeit oder Irrweg ins bedingungslose Grundeinkommen? <i>Ragnar Hoenig</i>	85
Solidarität	
Gerechte Gesellschaften brauchen keine Solidarität <i>Ein Gespräch mit Lukas Bärfuss</i>	96
Protest, der an die Grundlagen geht <i>Interview mit Eva von Redecker</i>	101
Denn jedes Wir sind viele Ichs Perspektiven für Impfgerechtigkeit in Entwicklungsländern <i>Bastian Schulz</i>	104
Toleranz	
Herausforderungen für Toleranz <i>Interview mit dem Sozialpsychologen Kai Jonas</i>	114
Ambulante Erziehungshilfen in der Corona-Pandemie: „Plötzlich soziale Arbeit ohne soziale Kontakte“ <i>Susanne Witte und Thomas Meysen</i>	121

Aufbruch. Gestalten. Gerecht.

Skizzen für die Zeit mit und nach der Pandemie

Prof. Dr. Jens M. Schubert / Peter Kuleßa

„Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Freiheit eher mit dem Markt verbunden wird und dass die Aktivitäten des Staates gerne als Einschränkung der Freiheit bezeichnet werden. Sozialer Ausgleich und Fragen der Gerechtigkeit werden dann gegen die Freiheit ausgespielt. Das halte ich für ein falsches Verständnis von Freiheit. Solidarität und sozialer Ausgleich sollen in einer freiheitlichen Gesellschaft ja die Chancengleichheit schaffen, die Voraussetzung für die Freiheit möglichst vieler ist. Wo dieser solidarische Ausgleich nicht gelingt, da gilt die Freiheit nicht für alle.“

Johannes Rau, 18.12.2001

Einen Aufbruch nach der Pandemie¹ zu skizzieren und einzufordern, birgt Risiken. Es lauert die Gefahr, rasch im Floskelhaften zu landen. Ein Aufbruch kann zudem in einer Gesellschaft der stetigen Anforderungen auch eine weitere Überforderung des Individuums sein. Daher dürfen Forderungen nach einem Aufbruch auf keinen Fall jene Menschen vergessen, die von den gesundheitlichen, sozialen oder ökonomischen Auswirkungen der Pandemie so getroffen wurden, dass sie sehen müssen, wie sie den Alltag meistern können. Nötig sind für einen Aufbruch in jedem Falle Sicherheiten: soziale, ökonomische, rechtliche, demokratische und ökologische Sicherheiten. Kurz: Ein Aufbruch muss gerecht sein. Vornehmliche Aufgabe für Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft mit und nach der Pandemie muss es also sein, Entwürdigungen für Menschen zu verhindern: Entwürdigungen aufgrund von Armut, aufgrund von Herkunft oder Geschlecht; Entwürdigungen aufgrund von Alter oder aufgrund von Behinderung; Entwürdigungen aufgrund von Bildung oder sozialer Herkunft und Stellung beziehungsweise aufgrund der Arbeitsstelle.

Damit hat man eine Mindestgrenze gesetzt, aber noch nichts über Reichweite und den Gehalt eines Aufbruchs gesagt. Hier sieht sich die AWO in der Pflicht mitzumachen, Vorschläge zu unterbreiten und auf die Interessen ihrer Mitglieder und Klient*innen hinzuweisen. Nicht nur mahnend, sondern aktiv gestaltend. Bringt man viele für einen Aufbruch zusammen, hat er etwas Mitreißendes und ist eine echte Alternative zu passivem Erdulden oder Ausgeliefertsein. Über das Ob eines Aufbruchs sprechen wir dagegen nicht. Nichts zu tun, stellt nämlich keine adäquate Alternative dar.

1 Den Autoren ist klar, dass, wenn nicht permanent, so doch noch eine geraume Zeit mit der Pandemie zu leben sein wird. So verstanden beschreibt „nach der Pandemie“ eine bewegliche Grenze.

Die Lage

Die Pandemie hat vieles ungewiss, aber auch vieles deutlich gemacht. Das Bild vom „Brennglas“, unter dem bereits existierende Entwicklungen klarer erkennbar werden, trifft zu. Ursächlich hervorgebracht hat die Pandemie strukturelle Probleme und Defizite nicht,² an manchen Stellen verstärkt aber sehr wohl.

Spätestens unter dem Druck hoher Arbeitslosenzahlen und angesichts leerer öffentlicher Kassen wurde auch in Deutschland vor etwa 20 Jahren verstärkt allein und exklusiv an die heilenden Kräfte des Marktes geglaubt. Man meinte, den Menschen immer mehr zumuten zu können, da dann die Wirtschaft automatisch wieder in Gang käme. Es war eine Zeit, als Beratungsfirmen Unternehmen modernisierten. Diese Modernisierungen führten meist zu Entlassungen oder Arbeitsverdichtungen bei den „übrig gebliebenen“ Arbeitnehmer*innen. „Effizient“ zu sein (ohne einen Wertmaßstab anzufügen), war en vogue. Im Zuge dieser „Schlankheitswelle“ wurden plötzlich auch staatliche und gesellschaftliche Organisationen auf ihre Einsparpotenziale überprüft: schlanker Staat, schlanke Uni, schlanke Sozialeinrichtungen und mehr. Zu dieser Zeit wurde auch staatliches Tafelsilber an Private veräußert, um so die leeren Bundes-, Landes- und Kommunalkassen aufzufüllen. Wirtschaftlichkeitsgebote wurden in die Sozialgesetzbücher geschrieben – auf gleicher Stufe wie der eigentliche Zweck des jeweiligen Sozialstaatsversprechens. Die mittel- bis langfristigen Folgen: Staatliche Angebote etwa des Wohnungsbaus oder der notwendigen Ausstattung gesundheitlicher Versorgung wurden zurückgefahren. Sinnbildlich in diesem Zusammenhang – aber wahrlich kein Solitär – steht im Zuge der Pandemie die Überlastung der Gesundheitsämter aufgrund zu geringer Mitarbeiterschichten und schlechter materieller Ausstattung. Das heißt nicht, dass wir einer Staats- oder Planwirtschaft das Wort reden, bei einer sozialen Marktwirtschaft muss nur das „soziale“ stärker aktiviert werden.³

Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt

Seit 1982 sinkt die Lohnquote; die materielle Absicherung und der materielle Aufstieg der Arbeitnehmer*innen qua Lohn – bis dahin quasi naturgegeben – sind seitdem keineswegs mehr sicher. Mit der ökonomischen Globalisierung, die Ende der 1980er- und zu Beginn der 1990er-Jahre einsetzte, sind bestimmte, bis dato sicher geglaubte Tätigkeiten unter Preis- und somit auch unter Lohndruck geraten. Dies macht sich bis heute vor allem bei den schlechter bezahlten Tätigkeiten bemerkbar. Ebenso müssen

2 Vgl. dazu etwa die Analyse von Hierschel 2020.

3 In Art. 3 Abs. 3 des EU-Vertrages heißt es: „Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin.“ Damit ist eine klare Zielbestimmung in der EU gegeben. Der Wettbewerb hat dem sozialen Fortschritt zu dienen, nicht umgekehrt.

wir konstatieren, dass vermeintlich sicher geglaubte Arbeit unsicher werden kann; dass vormals gut bezahlte Arbeit schlechter entlohnt wird, trotz guter Berufsausbildung der Betroffenen. Das sogenannte Aufstiegsversprechen, also die vielzitierte Durchlässigkeit der Arbeitsgesellschaft, nehmen immer mehr Menschen so nicht wahr.⁴ Die nackten Arbeitslosenzahlen der letzten Jahre lesen sich auf den ersten Blick gut, wenngleich jede*r Arbeitslose*r zu viel ist.⁵ Die Zunahme der geringfügig Beschäftigten, der prekären Arbeit – regelmäßig ohne Tarifbindung und Betriebsratsflankierung – sowie der gering entlohnten Vollzeitarbeit steht dem entgegen mit all ihren Konsequenzen bis hin zur potenziellen Altersarmut.⁶ Die Armutsgefährdungsquote liegt seit vielen Jahren um die 15 Prozent und damit auf einem beträchtlichen Niveau.⁷

Frauen und Arbeit

Gravierend ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt immer noch für Frauen. Im Schatten der Corona-Pandemie sollte auch den Letzten klar geworden sein, wie massiv allein die ökonomische Benachteiligung von Frauen in diesem Land ist. Dabei reden wir nicht zuvorderst von den DAX-Vorständen, auch wenn die dort eingeführte kleine Quote zu begrüßen ist. Nein, die systematische Unterbezahlung von systemrelevanten Berufen wie der Pflege, die anhaltende Lohnlücke zwischen den Geschlechtern, die Ungleichverteilung von privater Fürsorgearbeit und die steuerrechtlich falschen Anreize wie etwa das Ehegattensplitting führen zu einer dauerhaften finanziellen Schlechterstellung von Frauen. Inzwischen ist belegt, dass die durch Schul- und Kitaschließungen im Zuge der Pandemie entstandene Mehrarbeit in Familien hauptsächlich zulasten von Frauen gegangen ist und dass langfristig eine weitere Verschlechterung ihrer finanziellen Situation auch lange nach Ende der Pandemie zu erwarten ist (Stichwort Retraditionalisierung⁸). Frauen arbeiten seltener in tarifgebundenen Betrieben und häufiger in Minijobs. Frauen arbeiten seltener in Führungspositionen und häufiger in Teilzeit. Frauen haben häufiger schlechte Arbeitsbedingungen und erhalten seltener Aufstockungen beim Kurzarbeitergeld.

4 Weiterführend dazu immer noch Nachtwey 2016.

5 Im Mai 2021 waren insgesamt 5,9 %, davon 6,1 % Männer, 5,5 % Frauen und 3,3 % Jugendliche unter 20 Jahren, arbeitslos.

6 Aktuelle Daten finden sich unter Statistisches Taschenbuch 2020, WSI-Tarifarchiv sowie auf den Seiten des Statistischen Bundesamtes: https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbs-taetigkeit/_inhalt.html#sprg235976 [27.06.2021].

7 Armutsgefährdungsquote nach Sozialleistungen von 2009–2019: 2009: 15,5; 2010: 15,6; 2011: 15,8; 2012: 16,1; 2013: 16,1; 2014: 16,7; 2015: 16,7; 2016: 16,5; 2017: 16,1; 2018: 16,0; 2019: 14,8 (Statistisches Bundesamt, Stand 8. Februar 2021; Angaben in Prozent).

8 Den Begriff hat Jutta Allmendinger 2021 eingeführt.

Pflege

Jene, die beruflich oder privat in der Pflege tätig sind, leisten großartige Arbeit; sei es in der ambulanten Pflege, in stationären Einrichtungen oder als Angehörige zu Hause. Die Art und Weise, wie wir Pflege institutionell und privat organisiert haben, ist schlicht nicht nachhaltig. Das System funktioniert nur deshalb, weil Menschen beruflich und privat mit großem Engagement mehr geben, als sie müssten oder langfristig leisten können. Das ist nicht nur ein Armutszeugnis für unseren Umgang mit Pflegebedürftigen und denen, die für sie da sind, sondern führt uns mit Ansage in eine Krise der Pflege, die sich jetzt schon deutlich abzeichnet.

Familie, Kinder, Beratung

Wenn die Pandemie eines deutlich gemacht hat, dann das: Beratung und Unterstützung für Familien sind keine nette Dreingabe. Sie sind im Gegenteil zentral für die Entlastung von Familien und damit für unser funktionierendes Gemeinwesen. Familien sind systemrelevant, wie spätestens die Corona-Krise in aller Deutlichkeit zeigt. So sind sie auch zu behandeln.

Gesundheit

Die Hälfte der Weltbevölkerung hatte in der ersten Jahreshälfte keinen Zugang zu guter gesundheitlicher Versorgung durch Ärzte und Pflegekräfte. Die Corona-Pandemie verschärft die Ungleichheit aufgrund von Armut, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Bildungsniveau, Beruf, Migrationsstatus, Behinderung oder Diskriminierung erheblich. Für Deutschland ist belegt: Sozioökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen kommen vergleichsweise häufiger mit dem Virus in Kontakt und sind häufiger von einem schweren Erkrankungsverlauf betroffen. So lag laut Robert-Koch-Institut im Dezember 2020 und im Januar 2021 die COVID-19-Sterblichkeit in sozial stark benachteiligten Regionen um rund 50 bis 70 Prozent höher als in Regionen mit geringer sozialer Benachteiligung. Es ist ohnehin bekannt, dass es eine Korrelation zwischen Armut und vorgezogener Sterblichkeit gibt, die von Teilen der Gesellschaft schlicht hingenommen wird.

Folgen für die Demokratie

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 6. Juni dieses Jahres hat die AfD 20,8 Prozent Stimmen erhalten. In der eigentümlichen Erleichterung darüber, dass nicht die AfD, sondern die CDU stärkste politische Kraft wurde, gingen in der Wahlanalyse wesentliche Aspekte fast unter. 37 Prozent der AfD-Wähler*innen finden demnach ihre wirtschaftliche Situation „eher schlecht“. Unter den Arbeitslosen haben 38 Prozent und unter den Arbeiter*innen 34 Prozent AfD gewählt. 29,5 Prozent mit einem Hauptschulabschluss wählten die Partei. Und, auch das darf nicht unterschätzt werden: Nur 60,4 Prozent haben sich überhaupt an den Wahlen beteiligt. Nun können und wollen wir hier keine Wahlanalyse betreiben; auch bleibt zu fragen, inwieweit die

Ergebnisse einer Wahl in einem Bundesland mit knapp 1,8 Millionen Wahlberechtigten Aufschluss über allgemeine Trends geben können. Aber eines zeigen die angeführten Zahlen gewiss: Es ist ein Zusammenhang erkennbar zwischen der Frage von materiellen Lebensumständen und dem Hang, eine extreme Partei oder auch gar nicht zu wählen. Die Erkenntnis über den Zusammenhang von sozioökonomischer Herkunft und Zugängen zu Bildung ist gewiss nicht neu, sollte aber immer wieder in Erinnerung gerufen werden; allemal dann, wenn wir uns mit gesellschaftspolitischen Folgen der Pandemie befassen wollen. Größtes Gift für die Demokratie ist Rassismus.⁹ Das Serum hiergegen besteht aus Bildung, Teilhabechancen, Solidarität, Empathie und – Haltung.

Aufbruch gestalten

Unsere Maßstäbe

Die Folgen der Wirtschaftskrise, Sparmaßnahmen von Bund und Ländern oder Steuerersenkungen fallen potenziert den Handelnden vor Ort auf die Füße. Man kommt daher nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass die Schuldenbremse abgeschafft gehört. Niemand ist für unmotiviertes Schuldenmachen, aber wenn rigides Sparen etwa zu heruntergekommenen Kitas führt, Schulen nicht instand gesetzt werden können, Fort- und Weiterbildungsprogramme reduziert werden, dann bleibt Deutschland weit unter seinen eigentlichen Möglichkeiten. Und auch dies dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren: Schuldnerberatungsstellen, Frauenhäuser oder Schwangerschaftskonfliktberatungen haben in den letzten Monaten ein hohes Aufkommen zu verzeichnen, weil die Betroffenen in ihrer Alltagsbewältigung überfordert sind. Ihnen wird von den Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege geholfen, von Mensch zu Mensch. Wer also an die Grundfesten unserer subsidiären Ordnung Hand (um nicht zu sagen: die Axt) anlegen möchte, sollte dies sein lassen. Es schadet unserem Miteinander nachhaltig, diesen Menschen nicht zu helfen und ihnen Teilhabe zu verbauen.

Die Orientierung an den Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität ist jetzt und in Zukunft unser Maßstab. Dies erst recht, seit wir im Verlaufe der letzten zwei Jahrzehnte Zeugen wurden, wie beschriebene Grundwerte und praktizierte Solidarität von verschiedenen Seiten belächelt oder in Misskredit gebracht wurden. Anders gesagt: Die Apostel des freien Marktes aus Politik, Wirtschaft und auch der interessierten Medienöffentlichkeit haben gebetsmühlenartig immer wieder den Abbau oder Rückzug des Sozialstaates gefordert. Die Wirtschafts- und Finanzkrise ausgangs der Nullerjahre und die gegenwärtige Pandemie zeigen deutlich: Ohne einen handlungsfähigen Sozialstaat und ohne regulierende Maßnahmen geht es nicht. Der Zusammenhalt in einer gerechten Gesellschaft ist ohne einen starken Sozialstaat und ohne eine vitale Zivilgesellschaft unmöglich.

9 Sehr erhellend in diesem Zusammenhang: Liebscher 2021.

Die Einnahmeseite

Es sollte in Ruhe diskutiert werden, was auf der Einnahmeseite gemacht werden kann. Wo kann zum Beispiel die Einführung von Steuern sinnvoll sein, um Investitionen in soziale Infrastruktur zu tätigen? Wo sind Subventionen zu überdenken, oder wo ist deren Lenkungswirkung nicht eingetreten? Generell geht es aber um Lastenverteilung: Wer trägt die Lasten, wenn wir feststellen, dass Corona nachhaltig die Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen hat, und wie werden diese Lasten sozial gerecht verteilt? Eines darf es nicht geben, und darauf werden wir als AWO immer aufmerksam machen: einen Lastenausgleich auf den Rücken der Schwächsten. Wir erwarten daher von der Politik, dass entsprechende Prioritäten gesetzt werden.¹⁰

Ebenso sollten wir in der jetzigen Situation nicht schon wieder ans Sparen denken, obwohl wir noch gar nicht richtig begonnen haben, uns auf die Folgen der Postpandemie-Zeit vorzubereiten. Wie notwendig ein handlungsfähiger Staat ist, hat das letzte Jahr gezeigt. Der Staat darf sich deshalb nicht seiner ureigenen Aufgabe berauben: soziale Politik *selbst gestalten* zu können. Jenseits dessen sollte man es nicht versäumen, kontinuierlich auf das Treiben all jener Akteure hinzuweisen, die die Ungerechtigkeitslücken systematisch und bewusst weiter vertiefen.¹¹ Seien es die entkoppelten Finanzmärkte, die eher Zockerbuden gleichen, als dass sie irgendwie dem gemeinen Nutzen etwas bringen.

Oder die Frage des Eigentums, auf die Lukas Bärfuss¹² in diesem Band eindrücklich aufmerksam macht, die wiederum mit möglichen Folgen für den Einfluss auf politische Entscheidungen verbunden ist.¹³

Eines darf dabei in jedem Falle nicht passieren: dass die auf Pump finanzierte Rettung von großen, vermeintlich systemrelevanten Unternehmen die öffentlichen Kassen so nachhaltig belastet, dass Investitionen in die Zukunft wie etwa in Bildung und Familie, Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut oder Mittel zur Integration von Migrantinnen und Migranten und sozialverträglicher Klimaschutz nicht mehr möglich sind. Seltsame Lücken (Stichwort Cum-Ex-Geschäfte mit deren ungerechtfertigten Steuerrückerstattungen) sind zu schließen. Für so etwas hat

10 „Bewährt sich der Sozialstaat?“, fragen Kersten und Rixen 2021.

11 Mit Blick auf den Zusammenhang der Bedeutung von Recht, Kapital, Reichtum und Ungerechtigkeiten siehe Pistor 2020.

12 „Der Begriff des Eigentums. Alles hat sich verändert. Eines ist gleich geblieben: Die Reichen werden immer reicher. Wir sind keine Meritokratie mehr. Heute werden Vermögen nicht erarbeitet, sondern vererbt. Das ist zersetzend für unsere Gesellschaft. Wir müssen darüber reden, was ein Mensch besitzen kann, soll und darf, und zwar jenseits der ideologischen Grabenkämpfe des Kalten Krieges. Das können wir uns nicht mehr leisten.“

13 Zugespitzt formuliert es Jan-Werner Müller in diesem Band, wonach sich Leute „aus dem Gesellschaftsvertrag verabschiedet haben, buchstäblich oder im übertragenen Sinne in Gated Communities leben oder sich aus dem Gesamtzusammenhang der Gesellschaft rauskaufen können. Es existieren wichtige Unterschiede zwischen einzelnen Ländern, aber die Grunddynamik ist oft ähnlich. Diese Dynamiken verstärken sich, eben weil – denken Sie an die USA – Hochvermögende beträchtlich auf Politik Einfluss nehmen können. Das ist jedoch keineswegs naturgegeben oder entwickelt sich automatisch. Dahinter stehen immer politische Entscheidungen, die eben auch anders ausfallen könnten.“

niemand mehr Verständnis. Wir brauchen diese Einnahmen auch, um unser Gemeinwesen vorzubereiten, resilient(er) zu machen für zukünftige Krisen, welcher Art auch immer. Vielleicht wäre es gut, im Rahmen einer Corona-Kommission – breit getragen von verschiedensten gesellschaftlichen Expert*innen – unsere Systeme, unsere Maßnahmenkataloge, unsere Antworten auf Corona ganz generell zu analysieren, nicht um Schuldige zu suchen,¹⁴ sondern um für die Zukunft gerüstet zu sein.¹⁵

Kinderarmut bekämpfen

Das Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG hat ein Konzept vorgelegt. Darin wird die Forderung nach einer bedarfs- und sozial gerechten sowie unbürokratischen Kindergrundsicherung bekräftigt. Denn: Die Kinderarmut ist unverändert auf einem zu hohen Niveau, gleichzeitig steht zu befürchten, dass die Pandemie die Lage verschärft. Grundlage des Konzeptes ist ein realistisch und juristisch einwandfrei berechnetes kindliches Existenzminimum. Es bündelt neben dem Kinderregelsatz, Kindergeld und Kinderzuschlag auch den Kinderfreibetrag, um unbürokratisch jedem Kind Leistungen unmittelbar zur Verfügung zu stellen; verbunden mit einem Sozialfaktor, der mit steigendem Einkommen den Kindergrundsicherungsbetrag linear abschmelzen lässt. Damit ist offengelegt, wie eine Kindergrundsicherung sozial gerecht funktionieren kann. Die Alternative, eine Kinderarmut, die sich in das Erwachsenenleben hineinfrisst, stellt dagegen überhaupt keinen Fortschritt in jeglicher Hinsicht dar – übrigens auch nicht für den Wirtschaftsstandort Deutschland.¹⁶ Nicht alle Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021 liefern hierzu Konzepte.¹⁷

Bildung, Betreuung, Digitalisierung

Die Pandemie hat gezeigt, dass kleine Kinder im Kita- und Grundschulalter gute Beziehungen mit ihren Pädagog*innen und Lehrer*innen, Kontakt mit anderen Kindern, Aufgaben, Angebote und Lernmöglichkeiten, die an der Lebenswelt der Kinder orientiert sind, und die Möglichkeit zur Beteiligung und Gestaltung der eigenen Lernumgebung benötigen. Es braucht daher mehr Plätze in der Ganztagsbetreuung – in Schulen, aber auch in außerschulischen Angeboten, Horten und in der Kindertagespflege. Berechnungen haben ergeben, dass bis Ende 2025 über eine Million neue Plätze in Horten und Ganztagschulen geschaffen werden müssen! Gute Ganztagsan-

14 Das wäre Aufgabe eines Untersuchungsausschusses, den die Autoren allerdings hier nicht im Blick haben.

15 Finanziell gesehen waren Rentner*innen in der Corona-Pandemie im Vergleich zu den Beschäftigten mit und ohne Kurzarbeit relativ gesehen gut abgesichert, bevorzugt wurden sie allerdings nicht, vgl. Hoenig/Schubert: Werden Rentner in Corona-Zeiten etwa bevorzugt?, NZS-Editorial Heft 2/2021.

16 Weiterführend: AWO-ISS-Langzeitstudie, Hinweise unter: <https://www.iss-ffm.de/themen/alter/projekte-1/langzeitstudie-zur-lebenssituation-und-lebenslage-artermer-kinder> [27.06.2021].

17 Zum Thema Armut generell vgl. den Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung sowie die Stellungnahme der AWO unter: Ausschussdrucksachen des BT-Ausschusses Arbeit und Soziales zu den Anträgen 19/30403, 19/30388, 19/30394.

gebote in ausreichender Menge sollten allen Kindern zur Verfügung stehen – unabhängig davon, in welchem Bundesland sie leben.

Die Corona-Krise hat zudem aufgedeckt, wie wichtig es ist, dass die grundlegenden technischen Voraussetzungen vorhanden sein müssen, damit Kinder am Geschehen in den Schulen überhaupt nur teilhaben können. Jedes Kind benötigt eine technische Ausstattung – ohne diese wird die Schere der Ungleichheit noch breiter. Es kann nicht so schwer sein, ausreichende Geräte zu kaufen und den Umgang mit den Geräten zu vermitteln.¹⁸ Fragen der Digitalisierung müssen an dieser Stelle konkret beantwortet werden.

Allen Kindern gerechte Chancen auf Bildung zu ermöglichen, ist das Ziel. Ein Betreuungsplatz ist dafür eine Voraussetzung. Daneben braucht es auch qualitativ hochwertige Angebote, die Bedürfnisse, Bedarfe, Räume, Vielfalt, Kooperation und Flexibilität berücksichtigen; braucht es motivierte und gute pädagogische Fachkräfte, die die Kinder in ihrer Entwicklung unterstützen und begleiten. Denn die Bedeutung, die Bildungsangeboten zukommt, ist evident.

Frauen

Wir brauchen endlich eine geschlechtergerechte Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Wenn wir jetzt nicht entschlossen gegensteuern, werden wir in zehn Jahren einen deutlichen Anstieg der Altersarmut von Frauen haben. Neben den bekannten Maßnahmen wie der Schließung der Lohnlücke zwischen den Geschlechtern und der Aufwertung systemrelevanter Berufe müssen wir seriöse Überlegungen anstellen, wie die durch die Pandemie entstandene zusätzliche Sorgearbeit von Frauen in der Rente und den anderen sozialen Sicherungssystemen anerkannt wird. Anders gesagt: Wenn wir über Gleichstellung und Frauenrechte sprechen, müssen wir über Geld reden. Gleichstellung ist aber mehr und geht über Arbeit und die oft Frauen zugewiesene Care-Arbeit hinaus. Sie muss alle gesellschaftlichen Felder durchdringen. Ganz aktuell wird zum Beispiel die Klimadebatte wie selbstverständlich zwar im Verbund mit ökonomischen Fragen geführt und ganz allmählich auch mit sozialen. Eine Verknüpfung zu Genderfragen findet sich dagegen selten, obwohl es klare Hinweise gibt, dass sich Klimaveränderungen beziehungsweise entsprechende Gegenmaßnahmen bei Frauen anders (nachteiliger) auswirken können als bei Männern. Man denke nur an die Vielzahl alleinerziehender Mütter. Diese können klimaveranlasste Verteuerungen sehr viel schlechter abfangen. Wir müssen also das Thema viel breiter anlegen und dürfen auch nicht in die Falle geraten, bei gut gemeinten Vorschlägen Geschlechterbilder im Grunde zu bestätigen.

18 Die gleiche Frage kann sich auch gestellt werden zu den Themen Lüftungsanlage, Masken, Tests. Gute Absichten reichen nicht, klare Prioritäten müssen gesetzt werden – auch gegen Widerstände.

Pflege

Wie selbstverständlich stützen wir uns als Gesellschaft auf die Arbeit der Pflegenden. Es darf aber nicht bei symbolischem Dank bleiben. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen jetzt verbessert werden, das darf nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Zu geringe Personalschlüssel, hohe Arbeitsbelastung und keine flächendeckende tarifliche Bezahlung höhlen das System Pflege aus, weil uns langfristig die Fachkräfte wegbrechen.¹⁹ Um die Gesundheitsversorgung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu sichern, sind spätestens jetzt Lehren aus der Pandemie zu ziehen: Die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Pflege müssen deutlich und dauerhaft verbessert werden. Und auch die Situation pflegender Angehöriger dürfen wir nicht vergessen: 80 Prozent der 4,1 Millionen Pflegebedürftigen werden zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt. Viel zu häufig passiert das zusätzlich zu den herkömmlichen Belastungen des Alltags und führt die Pflegenden an den Rand körperlicher und psychischer Überlastung oder darüber hinaus. Sie müssen unterstützt und entlastet werden; zum Beispiel über die Einführung einer Entgeltersatzleistung analog zum Elterngeld für bis zu 36 Monate sowie die Erhöhung der teilweisen Freistellungsmöglichkeiten.

Die Art und Weise, wie wir Pflege institutionell und privat organisiert haben, ist schlicht nicht nachhaltig. Das System funktioniert nur deshalb, weil Menschen beruflich und privat mit großem Engagement mehr geben, als sie müssten oder langfristig leisten können. Das ist nicht nur ein Armutszeugnis für unseren Umgang mit Pflegebedürftigen und denen, die für sie da sind, sondern führt uns mit Ansage in eine Krise der Pflege, die sich jetzt schon deutlich abzeichnen beginnt. Mit Dank und Klatschen ist es bei Weitem nicht getan. Wir brauchen eine grundsätzliche Neujustierung des gesamten Systems. Viel Zeit haben wir da nicht mehr. Der Fachkräftemangel und das (richtige) Urteil des Bundesarbeitsgerichts zur Bezahlung / Arbeitszeit von ausländischen Pflegekräften im Haushalt der zu pflegenden Person erhöhen den Druck.²⁰ Generell sollten wir dabei immer im Blick behalten, dass Pflege auch ein Beruf ist, der den Pflegenden Freude bereitet und viel geben kann.

Wohnen

Ein Dach über dem Kopf ist Menschenrecht und direkt verbunden mit der Würde des Menschen. Mancherorts sind die Mietpreise des freien Marktes nicht mehr zu bezahlen, ohne in eine Verschuldungsfalle zu geraten. Möglicher Wohnungsverlust ist für die Betroffenen eine oftmals negative Wendung in der eigenen Biografie. Zur Verhin-

19 Die in letzter Minute vor Ende der Wahlperiode verabschiedeten Änderungen im SGB XI weisen zwar in die richtige Richtung, sind aber nicht weitgehend genug. Auch lassen sich Umgehungen in der in den §§ 72 und 82 c SGB XI angelegten Tarifbindung denken. Schließlich fehlt es – anders als bei einem durch Rechtsverordnung erstreckten Tarifvertrag – an konkreten Werten. Effekte der Novellierung sind daher nicht absehbar. Die Deckelung der Eigenanteile gelingt schließlich auch nur in Ansätzen.

20 BAG vom 24.6.2021 – 5 AZR 505/20.

derung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bedarf es umfangreicher Reformen, um insbesondere Mieter*innen in Ballungsgebieten besser zu schützen. Wenngleich die Belastungsquote insgesamt leicht rückläufig ist, erleben gerade die ärmsten Haushalte kaum Verbesserungen. Es gilt jetzt, den sozialen Wohnungsbau wieder stärker zu fördern, Mietpreissteigerungen gesetzlich wirksamer zu begrenzen und das Mietrecht sozialer auszugestalten. Wohnen darf kein Luxusgut werden, sondern muss für alle erschwinglich bleiben. Machen private Vermieter*innen mit, sind auskömmliche Renditen immer noch möglich, und das Schreckgespenst der Enteignung muss gar nicht erst hervorgeholt werden.

Klimaschutz sozial

Wir stehen hinter dem Pariser Klimaschutzabkommen und dem Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Verschärft sich die Situation, weil wir den Klimawandel nicht einzudämmen versuchen, werden wir nicht nur – weltweit – individuelles Leid, sondern auch soziale Verwerfungen in einem ganz neuen Ausmaß erleben; werden nicht nur die ökologischen Folgen, sondern auch die volkswirtschaftlichen Kosten enorm sein.

Ärmere Teile der Bevölkerungen, so zeigen diverse Untersuchungen, tragen am wenigsten zum Klimawandel bei, leiden übermäßig an den Folgen und müssen bei nicht zu Ende gedachten Klimaschutzmaßnahmen überproportional die Lasten tragen. Anders gesagt: Klimaschutzpolitik hat immer auch eine soziale Dimension. Ungleichheit darf sich bei den Kosten der nötigen Schutzmaßnahmen nicht fortsetzen. Wir müssen also grundsätzliche Veränderungen anstoßen, um Menschen vor den Folgen eines ungebremsen Klimawandels zu schützen. Deutschland muss Vorreiterin beim Klimaschutz und Modell für eine ökologische Transformation, die gleichzeitig sozial gerecht ist, werden. Das braucht eine mutige und visionäre Sozialpolitik, die Belastungen und Kosten gerecht verteilt, um dadurch allen Menschen eine Teilhabe an klimafreundlichen und nachhaltigen Lebensstilen zu ermöglichen. Um hier Akzeptanz zu erhöhen, ist an wichtige Lenkungssysteme wie die CO₂-Besteuerung die Anforderung zu stellen, widerspruchsfrei aufgebaut, mit tatsächlichem Lenkungseffekt versehen sowie verständlich strukturiert zu sein. Die Debatte um Verzicht ist durch eine Debatte um die gerechten Zugänge zum Möglichen zu ersetzen. Dabei sind die Gesellschaft und deren vielfältig bestehende Ideen von der Politik aufzunehmen.

Soziales Europa

Um die Corona-Pandemie und die großen Herausforderungen des ökologischen, digitalen und demografischen Wandels zu meistern, müssen wir das soziale Europa stärken. Dazu sind sozialpolitische Maßnahmen auf EU-Ebene notwendig, die über eine Rechtsverbindlichkeit den Menschen zugutekommen. Der vorgelegte soziale Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es fehlt dem Aktionsplan eine Initiative für eine EU-Rahmenrichtlinie mit Grundsätzen für soziale Mindestsicherungssysteme. Die für das

Jahr 2022 geplante Ratsempfehlung zur Mindestsicherung geht nicht weit genug. Denn: Nicht alle Mindestsicherungssysteme der Mitgliedstaaten bieten einen ausreichenden Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung. Mit einer EU-Rahmenrichtlinie würde ein substanzieller Beitrag zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte, zur Förderung der Chancengleichheit und Teilhabe und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts geleistet werden. Die Maßnahme würde auch dazu beitragen, das im Aktionsplan gesetzte Ziel der Reduzierung der von Armut betroffenen Menschen in Europa um 15 Millionen zu erreichen. Die Umsetzung der Säule ist nicht alleinige Aufgabe der EU, sondern muss unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger auch auf Ebene der Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Wir erwarten daher von der Bundesregierung, dass sie sich aktiv für die Umsetzung des Aktionsplans und der Säule insgesamt einsetzt.

Kriege, soziale Verwerfungen, Verfolgung von Minderheiten und die Auswirkungen des Klimawandels, der Lebensräume zerstört, führen zu Fluchtbewegungen gen Europa. Angesichts dessen müssen Lösungen gefunden werden, die im Einklang mit dem geltenden Flüchtlings- und Menschenrecht stehen. Es bedarf eines fairen, solidarischen und tragfähigen Verteilungsmechanismus, der die Staaten der EU-Außengrenze nicht allein lässt. Rückdrängungen an den EU-Außengrenzen müssen verhindert werden, sodass das Recht auf Asyl für alle Schutzsuchenden vollumfänglich möglich bleibt. Darüber hinaus braucht es langfristig gedachte Konzepte in der EU-Flüchtlingspolitik. Die komplexe internationale Situation darf nicht zulasten von Schutzsuchenden gehen. Abschottung wird langfristig Fluchtbewegungen nicht verhindern. Mehr denn je gilt es, vor Ort nachhaltig zu unterstützen und die eigene Verantwortung in der globalen Gemeinschaft ernst zu nehmen.

Nicht verzagt sein – selbstbewusst handeln

Vielfach denken Menschen, und wer kann es nicht nachvollziehen: Wie können kostspielige Unternehmens- oder Bankenrettungen beschlossen werden, wenn gleichzeitig Kürzungen bei der Ausstattung von Jugendclubs beschlossen werden oder keine oder schlecht ausgestattete Programme zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit aufgelegt werden; wenn Zukunftsinvestitionen auf Kosten derjenigen getätigt werden, die es nicht so „dicke haben“? Es wurde und wird – dieser Eindruck drängt sich auf – seit 30 Jahren zu oft eine Politik für die Wenigen und auf Kosten der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gemacht. Dies hat mittel- und langfristig den Verdross der Betroffenen über politisch Verantwortliche und das Gemeinwesen erhöht. Der Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft ist brüchig geworden, und der Nährboden für Desinteresse, Misstrauen, Protest oder auch Apathie ist bereitet. Den Menschen fehlt inzwischen vielfach der Glaube, dass die Verantwortlichen in Staat und Politik dem dominanten Ökonomismus etwas entgegenhalten können. Kommt dann auch noch unentschuldigbares Fehlverhalten der Verantwortlichen hinzu, wird jene Abneigung gegen das sogenannte Establishment, von der in Analysen vermehrt die Rede ist, immer größer. Der Boden ist dann vor allem für jene bereitet, die aus dieser Gemenge-

lage auf Kosten der Demokratie Nutzen ziehen wollen; die gegen Arbeitslose, Migrantinnen und Migranten, Homosexuelle oder Menschen mit Behinderung auf übelste Weise wettern, um Zwietracht zu sähen.

Dieser Befund darf aber nicht als Schlusspunkt stehen bleiben. Wir wollen einen Aufbruch – genug positive Kräfte in der Gesellschaft gibt es; das große zivilgesellschaftliche Engagement über alle Bereiche und Generationen hinweg hat sich in der Corona-Krise gezeigt. Schielen wir nicht immer nach den krakeelenden Minderheiten. Diese muss man mit ihren menschenverachtenden Äußerungen im Blick haben, aber niemand muss deren Anliegen freiwillig in der Öffentlichkeit verstärken. Auch wenn das Eintreten für das Soziale, für die armen Menschen in Deutschland in den letzten Jahren und Jahrzehnten gerne einmal arrogant belächelt wird. Wir als AWO werden – mehr denn je – dafür kämpfen, dass der Abstieg in existenzielle Nöte nicht befördert, sondern dass den Betroffenen ein Weg aus ihrer Armut aufgezeigt wird. Stärker noch als bisher müssen wir für die Menschen „da sein“, uns um sie kümmern, und zwar unter Einschluss ihrer Wünsche und Meinungen. Inklusion behinderter Menschen oder Projekte wie „Queer im Alter“ gibt es nicht von oben, sondern nur unter Beteiligung der betroffenen und angesprochenen Menschen. Wir aktivieren unser Ehren- und Hauptamt, die angesprochenen Themen und Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Wir haben dazu vor dem Hintergrund unserer Werte, mit unseren Dienstleistungen und den vielen ehrenamtlich Engagierten alle Voraussetzungen und einiges anzubieten. Niemand darf sich in diesem Land dafür schämen, dass er Hilfe braucht, und niemand muss sich in diesem Land dafür rechtfertigen, dass er Hilfe leistet. Wir sollten aufhören, immer und alles mit Blick auf Effizienz oder Leistungsfähigkeit hin abzuklopfen. Was getan werden kann und muss für ein sozial gerechtes Miteinander, ist doch eigentlich bekannt, jedenfalls die Ausrichtung.²¹ Worauf warten wird denn noch? Wie heißt es in unserer Kampagne zur Bundestagswahl: Deutschland – Du kannst das!

Literatur

- Allmendinger, J. 2021: Es geht nur gemeinsam! Wie wir endlich Geschlechtergerechtigkeit erreichen. Berlin.
- Hierschel, D. 2020: Das Gift der Ungleichheit. Wie wir die Gesellschaft vor einem sozial und ökologisch zerstörerischen Kapitalismus schützen können. Bonn.
- Hoenig, R./Schubert J. M. 2021: Werden Rentner in Corona-Zeiten etwa bevorzugt? In: NZZ-Editorial Heft 2/2021.
- Kertsen, J./Rixen, S. 2021: Der Verfassungsstaat in der Corona-Krise, 2. Aufl. 2021. München.

21 Das gilt auch für die gesetzliche Rentenversicherung. Die Befunde sind gerade zur Altersarmut klar, die Begründung für eine Einbeziehung aller Beschäftigten ist bekannt (vgl. hierzu Wagner, SZ 26./27.6.2021, S. 28), der Zusammenhang von guter Lohnpolitik und auskömmlicher Rente (Stichwort Mindestlohn-anhebung) offensichtlich. Im Jahr 2025 wird es von der Rentenkommission Vorschläge geben. Die ersten Grundrentenbescheide sind ergangen. Betroffen sind hier ca. 1,3 Millionen Menschen!

Liebscher, D. 2021: Rasse im Recht – Recht gegen Rassismus. Genealogie einer ambivalenten rechtlichen Kategorie. Berlin.
Nachtwey, O. 2016: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin.
Pistor, K. 2020: Der Code des Kapitals. Wie das Recht Reichtum und Ungleichheit schafft. Berlin.

apl. Prof. Dr. jur. habil. Jens M. Schubert

ist AWO-Bundesvorsitzender und Vorsitzender des Beirates der TUP.
Vorsitzender@awo.org

Peter Kuleßa

ist leitender Redakteur der TUP.
tup@awo.org